

Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
Migration und berufliche Integration in Thüringen 2018	1
Broschüre zu Migrant*innenselbstorganisationen in Thüringen	1
Link zum Anerkennungsverfahren	1
NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND	2
Studie - Großteil der Bevölkerung bewertet Einwanderung als Chance	2
Kontingent ausgeschöpft - Rund 1.000 Visa für Familiennachzug pro Monat	2
Studie - Immer mehr ausländische Pflegefachkräfte in Deutschland	3
Ergebnisse Längsschnittbefragung von Geflüchteten	3
8.500 Klagen - Deutschland lehnt viele Asylsuchende aus dem Iran ab	3
Integrationskurse - Mehr Einwanderer scheitern am Deutsch-Test	4
Flüchtlingsstatus: unsicher	4
Bertelsmann-Studie: Arbeitsmarktintegration gegen steigende Sozialausgaben	5
FÖRDERMITTEL	5
Bewerbungsstart „Ich kann was!“ Ausschreibung 2019	5
NEUIGKEITEN DER EU	6
Zahl der Asylbewerber in Europa geht weiter zurück	6
Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage	6
Europäischer Gerichtshof - Große Armut ist kein Abschiebe-Hindernis	6
Webseite des Europäischen Parlaments	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	8
Impressum	8

AKTUELLES AUS THÜRINGEN

Migration und berufliche Integration in Thüringen 2018

Aktuelle Zahlen und Vernetzungsstrukturen in Thüringen

Neben zahlreichen statistischen Informationen u. a. zu Alter, Herkunft, Geschlecht und Beschäftigung der ausländischen Bevölkerung in Thüringen gibt die Veröffentlichung einen Einblick ins Themenfeld Existenzgründung. Trotz vielfältiger Herausforderungen stellt diese für viele Migrantinnen und Migranten eine Chance dar, eigene Ideen zu verwirklichen und im Heimatland erworbene Expertise zu nutzen.

Darüber hinaus zeigt die Veröffentlichung Vernetzungsstrukturen in Thüringen auf.

In sogenannten Regionalporträts wird ein Überblick über wichtige Integrationsakteure in den kreisfreien Städten und Landkreisen Thüringens gegeben.

Zudem werden entlang vorhandener Förderprogramme für den Bereich Arbeitsmarktintegration relevante Akteure und deren Unterstützungsleistungen benannt.

Druckexemplare der Veröffentlichung sind bei IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens GmbH, Lossiusstraße 1, 99094 Erfurt, info@iw-thueringen.de, erhältlich.

Das PDF-Dokument zum Download finden Sie hier:

<https://www.iw-thueringen.de/>

Mit der 7. Auflage der Veröffentlichung stellt die Servicestelle KMU erneut ein umfassendes Bild zur Lebens- und Arbeitssituation der ausländischen Bevölkerung in Thüringen Interessierten zur Verfügung.

Quelle: IWT - Institut der Wirtschaft Thüringens

Neue Broschüre des TMMJV zu

Migrant*innenselbstorganisationen in Thüringen

Es ist eine neue Broschüre vom TMMJV zum Thema Migrant*innenselbstorganisationen in Thüringen erschienen.

In der neuen Broschüre werden verschiedene Organisationen in Thüringen vorgestellt. Darüber hinaus werden Landesnetzwerke, Dachverbände sowie Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte als weitere wichtige Akteure für migrantisches Engagement



aufgeführt. Die Broschüre soll einladen, sich zu vernetzen, bei der Suche nach Ansprechpartnerinnen und -partnern helfen und Tipps für die Arbeit von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen geben.

Exemplare dieser Broschüre als Printversion können Sie bei Frau Kruppa anfordern. Online ist sie hier zu finden: https://www.thueringen.de/mam/th10/ab/mo_broschuere.pdf.

Quelle: Büro des Migrations- und Integrationsbeauftragten Erfurt

Link zum Anerkennungsverfahren

Weiterführende Informationen zum Anerkennungsverfahren für ausländische Schulabschlüsse finden Sie unter dem Link zur Internetseite des TMBJS:

<https://www.thueringen.de/th2/tmbjs/bildung/migration/anererkennung-schulabschluss/index.aspx>

Auf der folgenden Internetseite des IQ-

Netzwerks Thüringen sind die Informationsblätter zum Anerkennungsverfahren für Schulabschlüsse in mehreren Sprachen verlinkt: <https://www.iq-thueringen.de/iq-beratung/anererkennung-von-schulabschluessen>

Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz



NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie - Großteil der Bevölkerung bewertet Einwanderung als Chance

53 Prozent der Bevölkerung in Deutschland stehen Einwanderung positiv gegenüber. Nur jeder Siebte lehnt Migration kategorisch ab. Das geht aus einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland sieht Migration einer Studie zufolge als Chance. Insgesamt 53 Prozent stehen Einwanderung sehr oder eher positiv gegenüber, wie aus einer am Dienstag in Berlin veröffentlichten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgeht. Nur eine Minderheit von 15 Prozent lehne Migration kategorisch ab. Für die Erhebung befragte die SPD-nahe Stiftung 3.000 wahlberechtigte Frauen und Männer in Deutschland.

Besonders offen sind die Befragten den Angaben nach bei der Einwanderung qualifizierter Arbeitnehmer: Rund zwei Drittel stimmten der Aussage zu, Deutschland brauche ausländische Arbeitskräfte, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Auch ausreisepflichtige Ausländer, die gut integriert sind und einen Job oder Ausbildungsplatz haben, sollen nach Ansicht von 78 Prozent der Befragten in Deutschland bleiben dürfen.

Die Akzeptanz von Flüchtlingen generell hängt der Befragung zufolge von der Fluchtursache ab. So gaben 73 Prozent der Befragten an, Deutschland solle künftig mindestens genau so viele Menschen aufnehmen, die vor Krieg oder Bürgerkrieg geflohen sind. Wurden Flüchtlinge in ihrer Heimat aufgrund ihrer religiösen, politischen oder sexuellen Orientierung verfolgt, würden 67 Prozent mindestens so viele von ihnen aufnehmen wie jetzt. Bei Menschen, die aus wirtschaftlichen Gründen oder vor Armut fliehen, waren die Befragten weniger offen: Mehr als die Hälfte (57 Prozent) sagte, Deutschland solle künftig weniger von ihnen aufnehmen.

Angst vor Rechtsextremismus

Eine Mehrheit fürchtet sich der Erhebung zufolge vor dem Hintergrund der Einwanderung vor einer Zunahme von Rechtsextremismus und rassistischer Gewalt (86 Prozent), einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft (81 Prozent) sowie mehr Kriminalität und einer höheren Zahl an Terroranschlägen (73 Prozent). Der Einfluss des Islams auf die Gesellschaft ängstige 64 Prozent der Befragten. Eine erhöhte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt befürchteten derweil nur 30 Prozent.

Die Politik solle die grundsätzlich positive Einstellung zu Migration nicht unterschätzen, erklärten die Verfasser der Studie. Sie forderten, die Stimmung nicht durch spalterische Politik und Rhetorik zu untergraben: „Die Politik kann die Offenheit der Bevölkerung gegenüber Einwanderung nur dann erhalten, wenn sie Vertrauen gewinnt.“ Die Bürger wollten einen klaren rechtsstaatlichen Rahmen für die Einwanderung. Dazu gehörten geordnete und faire Verfahren für die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 20. März 2019

Kontingent ausgeschöpft - Rund 1.000 Visa für Familiennachzug pro Monat

Mehr als zwei Jahre war der Familiennachzug zu Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz ausgesetzt. Zuletzt wurden Visa für rund 1.000 Angehörige pro Monat ausgegeben – womit das vorgesehene Maximum erreicht ist. Zehntausende warten aber noch.

Der Familiennachzug zu Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutzstatus läuft nach schleppendem Start inzwischen wie vorgesehen. Die Zahl der erteilten Visa hat nach Angaben des Bundesinnenministeriums vom Dienstag das in der Koalition vereinbarte Kontingent von 1.000 pro Monat erreicht. So wurden für Angehörige von Flüchtlingen mit subsidiärem Schutz im Dezember 1.050 Visa erteilt, im Januar 2019 waren es sogar 1.096, wie ein Ministeriumssprecher in Berlin mitteilte. Er bestätigte damit einen Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

Auch im Februar dürfte die Zahl voraussichtlich wieder bei 1.000 liegen, bis zum 18. Februar gaben die deutschen Auslandsvertretungen demnach bereits mehr als 700 Visa aus. Von August bis Dezember 2018 waren 2.612 Visa ausgestellt worden, also im Schnitt lediglich 522 pro Monat. Im Ministerium sei man „sehr erfreut“, dass nach der anfänglich zögerlichen Bearbeitung seit November 2018 eine deutliche Beschleunigung festzustellen sei, teilte der Ministeriumssprecher auf Anfrage mit.

Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wurde im Frühjahr 2016 ausgesetzt, um die Zuwanderung nach Deutschland zu begrenzen. Betroffen sind vor allem Syrer, die oftmals nicht als politisch Verfolgte im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannt werden, sondern nur den untergeordneten Status zum Schutz vor dem Bürgerkrieg in ihrem Land erhalten. Seit August 2018 gilt nach langem politischen Streit eine Kontingent-Regelung, nach der bis zu 1.000 Angehörige pro Monat kommen können. Derzeit liegen den deutschen Vertretungen weltweit etwa 36.000 Terminanfragen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten vor, wie es aus dem Auswärtigen Amt heißt. Kompliziertes Verfahren

Das Verfahren zum Familiennachzug ist kompliziert. Die Anträge nehmen die Auslandsvertretungen vorrangig in den Nachbarstaaten Syriens entgegen. Nach ihrer Prüfung werden die Ausländerbehörden in Deutschland konsultiert, bevor letztlich das Bundesverwaltungsamt über die Auswahl entscheidet und wiederum den Auslandsvertretungen mitteilt, wer ein Visum bekommt. Das Kontingent von 1.000 Personen gilt für die Zustimmungen durch das Bundesverwaltungsamt. Wegen der dazu zeitlich verzögerten Visaerteilung kann die Zahl der erteilten Visa pro Monat daher auch höher als 1.000 liegen.

Das mehrstufige Verfahren sorgte zu Beginn dafür, dass nur wenige Anträge bearbeitet wurden. Die Koalition verständigte sich deswegen darauf, übrige Kontingentplätze bis Jahresende auf den Folgemonat zu übertragen. Mit dem Jahreswechsel sollte ein Schnitt gemacht werden und die Zahl von 1.000 pro Monat nicht mehr überschritten werden. Allerdings wurden bis Jahresende erst 3.260 Anträge auf Familiennachzug bewilligt. Vorhanden waren 5.000 Plätze.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 27. Februar 2019

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Studie - Immer mehr ausländische Pflegefachkräfte in Deutschland

In Deutschland werden zunehmend Pfleger eingestellt, die ihren Berufsabschluss im Ausland erworben haben. Die Zahl der Fachkräfte die aus dem Ausland nach Deutschland kommen hat sich seit 2012 versechsfacht.

In deutschen Krankenhäusern und Altenpflegeeinrichtungen arbeiten immer mehr Pflegefachkräfte, die im Ausland ausgebildet wurden. Die Zahl der Fachkräfte, die jährlich aus dem Ausland nach Deutschland kommen, stieg von knapp 1.500 im Jahr 2012 auf gut 8.800 im Jahr 2017, wie die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung am Freitag in Düsseldorf mitteilte. Größtenteils stammten die Pflegekräfte aus ost- und südeuropäischen Staaten, die teilweise noch nicht in der EU sind. Viele Fachkräfte kommen zudem von den Philippinen, da mit dem südostasiatischen Land ein Anwerbeabkommen besteht, wie die Stiftung unter Berufung auf eine von ihr geförderte Untersuchung erklärte. Wie hoch der Anteil der aus dem Ausland zugewanderten Fachkräfte im Vergleich zu den aus Deutschland stammenden Kollegen ist, ist laut einem Stiftungssprecher nicht bekannt. Im Jahr 2010 hatten knapp sechs Prozent der Pfleger in Deutschland ihre Ausbildung im Ausland absolviert. Aktuellere Zahlen lägen derzeit nicht vor, erklärte er.

Durch die wachsende Zahl an ausländischen Mitarbeitern gibt es den Angaben zufolge allerdings auch Probleme. Wegen der Unterschiede in der Ausbildung zeigten sich sowohl zugewanderte wie auch einheimische Pflegefachkräfte „oft unzufrieden mit der Zusammenarbeit“, hieß es. So hätten viele der befragten zugewanderten Pflegefachkräfte das Gefühl, unter Wert arbeiten zu müssen. Sie fühlten sich häufiger von Informationen ausgeschlossen und von Vorgesetzten schlechter behandelt.

Unzufriedenheit

Die in Deutschland ausgebildeten Pflegefachkräfte wiederum kritisierten, dass neu zugewanderte Kollegen schon wegen mangelnder Sprachkenntnisse im Arbeitsalltag nicht voll einsetzbar seien. Die akademische Ausbildung im Ausland werde oft nicht als Vorteil gesehen, sondern als „praxisfern“ kritisiert, hieß es. Zudem fehlten grundsätzliche Kompetenzen, etwa bei der Körperpflege von Patienten und im „Sozialverhalten“. Aus der Sicht der einheimischen Beschäftigten müssten die Fachkräfte aus dem Ausland daher über einen längeren Zeitraum zunächst erst eingearbeitet werden.

Die mit der Studie beauftragten Forscher bezeichneten es als unerlässlich, dass Kliniken und Altenpflegeeinrichtungen ihren Pflegefachkräften genug Zeit für fachlichen Austausch und Konfliktlösung einräumen. Unabhängige Coaches sollten dabei helfen, Kommunikationsbarrieren zwischen einheimischen und zugewanderten Fachkräften zu überwinden. Quelle: MiGAZIN Newsletter, 04. März 2019

Ergebnisse Längsschnittbefragung von Geflüchteten

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und

Flüchtlinge (BAMF-FZ) und das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) führen seit 2016 eine repräsentative Längsschnittbefragung von Geflüchteten durch.

Die Ergebnisse der zweiten Befragungswelle aus dem Jahr 2017 wurden nun in einem aktuellen IAB-Kurzbericht publiziert. Die Wissenschaftler_innen kommen zu dem Ergebnis, „dass es deutliche Integrationsfortschritte gibt, obwohl die Geflüchteten beim Zuzug zum Teil ungünstige Voraussetzungen hinsichtlich Gesundheit und Bildungsniveau mitbringen“. So hätten sich ihre Deutschkenntnisse 2017 im Vergleich zum Vorjahr verbessert, und ihre Beteiligung am Erwerbsleben sowie an Bildung und Ausbildung sei gestiegen. Im Oktober 2018 lag die Erwerbsbeteiligung Geflüchteter bei rund 35%, womit die Arbeitsmarktintegration etwas schneller vorangeschritten sei, als dies in der Vergangenheit bei Geflüchteten beobachtet wurde.

Der Bericht ist hier:

<https://www.iab.de/194/section.aspx/Publikation/k190122v01> zu finden. Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

8.500 Klagen - Deutschland lehnt viele Asylsuchende aus dem Iran ab

Von 11.400 Asylanträgen von Menschen aus dem Iran wurden 2018 lediglich 2.600 positiv beschieden. Mehr als 8.500 Iraner klagten an Verwaltungsgerichten gegen die Bamf-Entscheidung. Die Linke fordert Änderungen im Bamf. Flüchtlinge aus dem Iran erhalten nur selten Asyl in Deutschland. Insgesamt entschied das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) im vergangenen Jahr über 11.430 Asylanträge von Menschen aus dem Staat unter schrittweiser Führung, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht. Doch lediglich 2.619 Iraner erhielten Schutz in Deutschland. Mehr als 5.000 Asylsuchende lehnte das Bamf den Angaben zufolge ab. Fast 4.000 Verfahren wurden eingestellt, weil der Antragsteller ausreiste oder sein Asylgesuch zurückzog. Mehr als 8.500 Iraner klagten im vergangenen Jahr an deutschen Verwaltungsgerichten gegen die Bamf-Entscheidung, wie es weiter hieß. So bekamen laut Antwort der Bundesregierung 2018 noch einmal fast 1.300 Menschen durch ein Urteil einen Schutzstatus.

Linke fordert Änderungen im Bamf

Die Linke im Bundestag kritisiert die Asylentscheidungen des Bundesamts zum Iran. Die hohe Zahl der Urteile an deutschen Gerichten gegen negative Bamf-Bescheide sei ein starkes Indiz dafür, dass „in der Prüfpraxis des Bamf bei iranischen Asylsuchenden vieles falsch läuft“, sagte die Linken-Innenexpertin Ulla Jelpke. Sie forderte rasche Änderungen im Bamf.

„Die Gefahren, die abgeschobenen Iranern bei der Rückkehr in den Iran drohen, werden von der Bundesregierung systematisch verharmlost“, erklärte Jelpke. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen werden vor allem Oppositionelle, Christen und Homosexuelle vom Regime in Teheran verfolgt. Auch das Bamf selbst sprach in einem „Entscheiderbrief“ im Februar von einem „steigenden Migrationsdruck“ 40 Jahre nach der Islamischen Revolution. Folter und eingeschränkte Religionsfreiheit seien weiterhin Teil des politischen und juristischen Systems im Iran, hieß es in der Publikation.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 13. März 2019

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Integrationskurse - Mehr Einwanderer scheitern am Deutsch-Test

Deutsche Sprache, schwere Sprache: Viele Einwanderer bestehen den Deutsch-Test in ihrem Integrationskurs nicht. Auch beim zweiten Anlauf klappt es nicht immer. Die AfD sieht darin Hinweise auf „Integrationsunwilligkeit“, die Linken sehen Mängel im Integrationskurssystem.

Im vergangenen Jahr haben weniger Einwanderer den Deutsch-Test im Rahmen von Integrationskursen bestanden als noch im Jahr zuvor. So schlossen 2018 insgesamt 45 Prozent der Teilnehmer den Kurs nicht erfolgreich ab, wie aus einer Antwort des Bundesinnenministers auf eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervorgeht, die dem „Evangelischen Pressedienst“ vorliegt. Von rund 202.000 Männern und Frauen bestanden 93.500 den Test nicht. Im Jahr 2017 hatte diese Quote noch bei 40 Prozent gelegen: Damals fielen nach Angaben des Ministeriums 116.000 der 292.000 Teilnehmer durch.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums betonte, die Zahlen seien noch eine Momentaufnahme. Die konsolidierte Statistik werde im Mai erwartet. Erst dann könnte eine vollständige Bilanz gezogen werden. Die „Neue Osnabrücker Zeitung“ hatte zuerst über den Anstieg berichtet.

BAMF führt Qualitätskontrollen

46.700 Frauen und Männer unternahmen im vergangenen Jahr einen weiteren Versuch. Doch auch im zweiten Anlauf hätten es 12.150 Einwanderer nicht geschafft, das Sprachniveau B1 zu erreichen. Menschen auf diesem Niveau beherrschen nach europäischer Übereinkunft die „fortgeschrittene Sprachverwendung“ und können zum Beispiel ihre persönlichen Interessen äußern und ihre Hoffnungen und Ziele beschreiben.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den Angaben nach die Qualitätskontrolle der Kurse im vergangenen Jahr „erheblich intensiviert“. Das Bundesamt habe 2018 insgesamt 1.495 der 1.704 zugelassenen Träger (87,7 Prozent) und 4.148 der insgesamt 14.514 neuen Kurse (28,6 Prozent) überprüft.

AfD sieht Integrationsunwilligkeit

Der AfD-Abgeordnete René Springer sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, er halte die Durchfaller-Quote für äußerst bedenklich: „Ich sehe die Bundesregierung in der Pflicht, hier schnellstens über die Ursachen aufzuklären, bevor sich der Eindruck der Integrationsunwilligkeit eines Großteils der Kursteilnehmer verfestigt.“

Gökay Akbulut, integrationspolitische Sprecherin der Linken, warf der AfD ein „Zahlenspiel“ um Kursteilnehmer als Integrationsverweigerer darzustellen. „Über ein Drittel habe den Kurs freiwillig besucht und müsse den abschließenden Test demnach gar nicht absolvieren. Sie forderte, die Rahmenbedingungen der Kurse zu verbessern. „Viele Kursteilnehmenden sind aufgrund von Kriegs- und Fluchterfahrungen noch genug belastet“, unterstrich sie.

Linke: Integrationskurse verbessern

Auch Filiz Polat, Sprecherin der Grünen für Integration, warnte davor, die Schuld nur bei den Einwanderern zu suchen. „Das Integrationskurssystem muss endlich die Lebensrealitäten der Lernenden berücksichtigen“, forderte sie. Die Politikerin beklagte unter anderem lange Wartezeiten.

Lars Castellucci, Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Migration und Integration, verwies auf die bisherigen Erfolge der Kurse: „Bei den allgemeinen Integrationskursen schließen schon heute rund zwei Drittel mit dem Sprachniveau B1 ab“, sagte er. Fast die Hälfte der Analphabeten erreiche das Niveau A2. „Darauf können wir aufbauen“, sagte er.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 25. März 2019

Flüchtlingsstatus: unsicher

Etwa 480 000 Asylbewerber wissen nicht, ob sie dauerhaft in Deutschland bleiben können. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Diese fordert nun erneut eine effektive Bleiberechtsregelung.

In Deutschland leben derzeit etwa 1,65 Millionen Menschen, die landläufig als "Flüchtlinge" bezeichnet werden. Das sind knapp 100 000 mehr als ein Jahr zuvor. Die meisten von ihnen verfügen über einen Schutzstatus und einen sicheren Aufenthalt. Etwa 480 000 Menschen leben aber in einem unsicheren Status, ihre Zahl ging leicht zurück, um knapp 30 000. Sie befinden sich in der Regel noch im Verfahren oder sind geduldet. Die Daten stammen aus dem Ausländerzentralregister (AZR), beziehen sich auf Ende 2018 und gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Diese fragt die Daten seit vielen Jahren regelmäßig ab. Seit Jahren steigt demnach die Zahl der in Deutschland lebenden Flüchtlinge kontinuierlich, von rund 400 000 im Jahr 2011 über 630 000 (2015) und 1,25 Millionen (2018).

Als Geduldete leben etwa 180 000 Menschen im Land, viele von ihnen seit Jahren: Etwa 33 000 seit mehr als fünf Jahren, gut 15 000 bereits seit mehr als zehn Jahren. In gut 41 Prozent sind fehlende Papiere der Grund für die Duldung, bei 17 Prozent darf keine Abschiebung erfolgen, etwa aus medizinischen oder familiären Gründen.

Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag, nimmt die Zahlen zum Anlass, erneut eine Regelung für jene Menschen zu fordern, die seit Jahren in unsicherem Status in Deutschland leben: "In der auf Abschiebungen fixierten Debatte kommt viel zu kurz, dass auch viele abgelehnte Flüchtlinge gute Gründe zum Bleiben haben und deshalb geduldet werden. Hier brauchen wir dringend eine effektive Bleiberechtsregelung, damit diese Menschen einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus erhalten und endlich ankommen können."

Gut 654 000 Flüchtlinge leben laut Bundesregierung trotz Ablehnung ihres Asylantrags in Deutschland. "Die große Zahl abgelehnter Asylsuchender ist kein Indiz für oft beklagte angebliche Defizite bei Abschiebungen", so Jelpke. Die Linksfraktion weist darauf hin, dass mehr als drei Viertel der Abgelehnten einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus hätten: Viele Asylablehnungen liegen demnach bereits einige Jahre zurück. Und auch jene Menschen, denen der Flüchtlingsstatus zwar verweigert wurde, denen das Asylbundesamt später aber einen Schutzstatus erteilt hat, gelten laut AZR formal als "abgelehnte Asylbewerber".

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-status-unsicher-1.4371584>

NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Bertelsmann-Studie: Arbeitsmarktintegration gegen steigende Sozialausgaben

Mehr Geburten und Einwanderung reichen laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung nicht aus, um mögliche drastische Kostensteigerungen des Sozialstaats aufzufangen. Demografie-Experten halten vor allem einen Ausbau der Beschäftigung für nötig – unter anderem von Migrantinnen.

Die Kosten für den Sozialstaat könnten sich einer Studie zufolge innerhalb von etwa 30 Jahren verdoppeln. Die Ausgaben drohten von 890 Milliarden Euro im Jahr 2017 auf 1,6 Billionen Euro im Jahr 2045 zu steigen, warnen die Autoren der Studie, die die Bertelsmann Stiftung am Donnerstag in Gütersloh veröffentlichte. Die steigenden Ausgaben könnten weder allein durch mehr Kinder, noch durch mehr Zuwanderung gebremst werden. Nach Einschätzung der Autoren müssen Menschen früher in Arbeit gebracht werden und länger arbeiten. Auch die Experten der Hans-Böckler-Stiftung mahnen den Ausbau von Beschäftigung an, höhere Sozialstaatskosten halten sie zugleich für richtig.

Mehr Geburten allein brächten keine Entlastung, weil dadurch zunächst die Ausgaben für Bildung und Familie steigen würden, erläuterten die Autoren der Bertelsmann-Studie. Durch steigende Zuwandererzahlen lasse sich zwar der Alterungsprozess der Gesellschaft zunächst verlangsamen. Langfristig alterten jedoch auch die Zuwanderer, oder sie wanderten wieder ab.

Um den Sozialstaat zu finanzieren, würden jüngere Generationen immer stärker belastet, warnte die Bertelsmann Stiftung. Die vorgestellten Szenarien seien jedoch nicht unausweichlich. Nötig sei die Kombination von mehr Geburten und Zuwanderung mit einem höheren Beschäftigungsniveau, erklärte die Demografieexpertin der Bertelsmann Stiftung, Martina Lizarazo López. Zuwanderer müssten schneller integriert werden, Beschäftigung von Frauen und Migrantinnen ausgeweitet und die Regelaltersgrenze erhöht werden.

Erhöhter Finanzierungsbedarf unstrittig
Auch Experten der Hans-Böckler-Stiftung bezeichneten es als unstrittig, dass Deutschland altere und dass damit ein erhöhter Finanzierungsbedarf für die zukünftigen Renten und für Pflege verbunden sei. Dem könne sich die Gesellschaft nicht entziehen, erklärten die Böckler-Experten für Alterssicherung, Rudolf Zwiener und Florian Blank, gegenüber dem „Evangelischen Pressedienst“. „Es ist allerdings nicht gerechtfertigt, dies als Ungerechtigkeit oder soziale Schiefelage für die jüngere Generation zu interpretieren“, kritisierten sie.

Die jüngere Generation beginne ihr Leben mit einem deutlich besseren materiellen Wohlstand als vorangegangene Generationen, erklärten die Experten der gewerkschaftsnahen Stiftung, die auf eine Böckler-Studie aus dem Jahr 2018 verwiesen. Würde man in Zukunft auf höhere Beitragssätze für Renten- und Pflegeversicherung verzichten, würde man ihre zukünftige materielle Situation sogar noch deutlich verschlechtern. Denn dann würde sie im Alter nur noch Mini-Renten und keine ausreichenden Pflegeleistungen erhalten. Potenzial bei der Ausweitung des Arbeitsmarktes
Für die Bewältigung des demografischen Wandels gebe es

FÖRDERMITTEL

noch großes Potenzial bei der Ausweitung des Arbeitsmarktes, unterstrichen die Wissenschaftler der Böckler-Stiftung. So gebe es noch zu viele Minijobs, häufig nur geringe Stundenzahlen bei arbeitenden Frauen und eine vergleichsweise geringere Erwerbsintegration älterer und zugewanderter Menschen. Wenn Deutschland hier deutliche Verbesserungen gelingen würden, „dann schrumpft das Schreckgespenst der demografischen Alterung auf eine Dimension, die zu bewältigen ist“. Sozialpolitische Kürzungsmaßnahmen oder eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters wären dann überflüssig, unterstrichen die Experten. Aktuell kämen auf 100 Menschen zwischen 15 und 64 Jahren etwa 33 Menschen über 65 Jahren, heißt es in der Bertelsmann-Studie, die von Wissenschaftlern der Bochumer Ruhr-Universität erstellt wurde. Im Jahr 2035 könnten es den Prognosen der Studie zufolge etwa 50 Ältere sein. Die Böckler-Stiftung geht hingegen von niedrigeren Steigerungen aus.

Für die Studie der Bertelsmann Stiftung entwickelten die Wissenschaftler der Ruhr-Universität sowohl plausible wie auch extreme Langfristsimulationen zur Bevölkerungsentwicklung und zu ihren Folgen. Die Effekte der Szenarien wurden für die Bereiche Alterssicherung, Gesundheit, Pflege, Arbeitsmarkt, Grundsicherung sowie Bildung und Familie berechnet.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 15. März 2019

FÖRDERMITTEL

Bewerbungsstart der Ich kann was!- Ausschreibung 2019

Die Bewerbungsphase der Ich kann was!-Initiative geht vom **18. März bis zum 6. Mai**. Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit können sich über das Online-Portal <https://antragsportal.telekom-stiftung.de> für eine Förderung durch die Ich kann was!-Initiative bewerben. Mit einer Förderhöhe von bis zu 10.000 Euro pro Vorhaben werden Projekte im Bereich medialer und digitaler Kompetenzförderung unterstützt. Das Alter der Kinder und Jugendlichen in den geförderten Projekten liegt zwischen 9 und 16 Jahren.

Neue Projektansätze, aber auch Konzepte zur Weiterentwicklung laufender oder abgeschlossener Projekte in dem Themenbereich „Kompetenzen für die digitale Welt“ sind gleichermaßen willkommen. Wie schon in den Vorjahren freut sich die Stiftung über Anträge in den exemplarischen Themenbereichen Film und Foto, Robotik und Programmieren, Making, Social Media und Blogs, Musik und zu weiteren Bereichen innerhalb des Themenfelds. Ausführlichere inhaltliche Informationen finden [Sie hier](#) oder der [Internetseite](#).

Im September 2019 entscheidet die [Ich kann was!-Jury](#) darüber, welche Projekte und Einrichtungen eine Förderzusage erhalten. Eindrücke von aktuellen Förderinstitutionen finden Sie außerdem im [Projektbooklet](#).

Für alle inhaltlichen Fragen rund um die Bewerbung: ich-kann-was@telekom-stiftung.de.

Quelle: Telekom-Stiftung, Esther Dolas

NEUIGKEITEN AUS DER EU

Zahl der Asylbewerber in Europa geht weiter zurück

Die Zahl der Asylsuchenden in der Europäischen Union ist 2018 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 10 Prozent gesunken. Syrer, Afghanen und Iraker stellten weiterhin die größten Herkunftsgruppen dar.

Im Jahr 2018 haben 580.800 Asylsuchende Schutz in der Europäischen Union beantragt. Das waren elf Prozent weniger als im Vorjahr, als 654.600 Menschen erstmals in der EU Asyl beantragt hatten. Wie die Statistikbehörde der Europäischen Union in Luxemburg, Eurostat, am Donnerstag weiter mitteilte, betrug die Zahl weniger als die Hälfte des Spitzenwerts von 2015, als fast 1,3 Millionen Asylbewerber registriert wurden.

Syrer, Afghanen und Iraker stellten auch im vergangenen Jahr die größten Staatsangehörigkeitsgruppen dar, die in EU-Mitgliedstaaten Schutz suchten. Sie machten zusammen fast 30 Prozent aller erstmaligen Asylbewerber aus.

Fast drei von zehn Asylbewerbern stellten ihren Antrag in Deutschland. Mit 161.900 registrierten erstmaligen Asylbewerbern im Jahr 2018 verzeichnete Deutschland den Angaben zufolge 28 Prozent aller erstmaligen Asylbewerber in den EU-Mitgliedstaaten. Darauf folgten Frankreich (19 Prozent), Griechenland (elf Prozent), Spanien (neun Prozent) und Italien (acht Prozent).

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 15. März 2019

Ergebnisse der Eurobarometer-Umfrage

National orientierte Parteien haben in vielen EU-Staaten an Zuspruch gewonnen, und die Proteste der „Gelbwesten“ in Frankreich und anderswo vermitteln den Eindruck, dass sich etliche Bürger von den Politikern nicht verstanden fühlen, doch die Mehrheit in der EU denkt offenbar anders. Laut der neuen Eurobarometer-Umfrage im Auftrag der EU-Kommission ist das Vertrauen der Befragten in die EU stabil und größer als das in ihre nationalen Regierungen und Parlamente. Der Anteil der Europäerinnen und Europäer mit einem positiven Bild von der EU ist gestiegen, und erstmals seit Einführung der entsprechenden Frage ist eine Mehrheit der Ansicht, dass „ihre Stimme in der EU zählt“.

Migrationspolitik als größte Herausforderung

Als größte Herausforderung für die EU-Politik sehen 40 Prozent der Befragten die Steuerung der Einwanderung. Dahinter folgt die Bekämpfung von Terrorismus (20 Prozent – 9 Prozentpunkte weniger als im Frühjahr) vor der Lage der öffentlichen Finanzen (19 Prozent). Erstmals seit Herbst 2010 ist die wirtschaftliche Lage (18 Prozent) aus der Top Drei der EU-Problemthemen gefallen. Der Klimawandel hat mit einer Zunahme von 5 Prozentpunkten auf 16 Prozent wieder an Dringlichkeit gewonnen.

Quelle: EU Nachrichten 01/2019

Europäischer Gerichtshof - Große Armut ist kein Abschiebe-Hindernis

Große Armut schließt Abschiebung nicht aus. Das hat der Europäische Gerichtshof in Abschiebungsfällen nach Italien, Bulgarien und Polen entschieden. Eine Abschiebung scheidet nur aus, wenn den Betroffenen unmenschliche Behandlung drohe.

Deutschland darf Asylbewerber in andere EU-Staaten abschieben, selbst wenn ihnen dort große Armut droht. Verboten sei die Abschiebung erst, wenn die Menschen in dem anderen Land so schlecht behandelt werden, dass dies einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung gleichkomme, urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Dienstag in Luxemburg. (AZ: C-163/17, C-297/17, C-318/17, C-319/17 und C-438/17).

Konkret ging es um Abschiebungen aus Deutschland nach Italien, Bulgarien und Polen. Der EuGH erklärte Abschiebungen für verboten, wenn der Betroffene in dem anderen Land in extreme materielle Not geraten könne, die seine Gesundheit gefährde oder menschenunwürdig sei. Das hieße zum Beispiel, sich nicht mehr ernähren und waschen zu können und keine Unterkunft zu finden. Eine „große Armut oder eine starke Verschlechterung der Lebensverhältnisse“ allein bedeuteten jedoch noch keine solche extreme Not und stünden der Abschiebung nicht entgegen, hieß es in der Mitteilung des EuGH weiter. Im Licht des EuGH-Urteils muss nun die deutsche Justiz die konkreten Fälle abschließen.

Quelle: MiGAZIN Newsletter, 20. März 2019

Webseite des Europäischen Parlaments - Informationen über Förderprojekte der EU vor Ort

Nicht nur die von EU-Staaten und Europäischem Parlament beschlossenen Gesetze haben Auswirkungen in allen Städten und Gemeinden der EU. Häufig profitieren auch lokale Projekte von finanziellen Zuschüssen aus der Gemeinschaftskasse, doch nicht immer ist das deutlich erkennbar. Um das zu ändern, hat das Europäische Parlament die Webseite „Das tut die EU für mich“ kreiert. Dort kann man gezielt nach Beispielen für den Einsatz von EU-Fördermitteln vor Ort suchen, in einzelnen Mitgliedstaaten, in den deutschen Bundesländern oder in Landkreisen. So erfährt man etwa, dass die „Thüringer Rostbratwurst“ durch die EU vor Nachahmungen geschützt ist oder dass sich die EU im Suhlener Ortsteil Goldlauterheidersbach über das Dorferneuerungsprogramm am Neubau des Feuerwehrgerätehauses beteiligt hat. Im Rheinland-Pfälzischen Frankenthal wird Schülern über das von der EU unterstützte Programm „Jobflux“ beim Berufseintritt geholfen. Neben regionalen Projekten informiert die Webseite auch darüber, was EU-Politik für Gesundheits-, Umwelt- oder Verbraucherschutz bewirkt und was sich in Politikbereichen von Migration bis Wirtschaft tut.

Quelle: EU Nachrichten 06/2019

Buchempfehlungen - Downloads - Termine

Checkliste für schwangere Migrantinnen für die Zeit vor, während und nach der Geburt

Ein Ergebnis des Fachdialognetz für schwangere, geflüchtete Frauen ist die „Checkliste für schwangere Migrantinnen für die Zeit vor, während und nach der Geburt“. Sie ist im Rahmen von Bedarfsanzeigen von Fachkräften aus verschiedenen Arbeitsbereichen entstanden. Die zweisprachige Checkliste bietet eine Hilfe und Orientierung rund um die wichtigsten Fragen der Schwangerschaft in Deutschland: Zur Krankenversicherung, Gynäkolog*innen, Hebammen, Mutterpass, Schwangerschaftsberatung, Betreuung von Kindern, zur Entbindung usw. Die Publikation ist insbesondere auch für Fachkräfte und Ehrenamtliche zur Erleichterung der Kommunikation relevant. Bisher gibt es die Checkliste in Englisch/Deutsch. Weitere Sprachen sind in Planung. Download hier: <https://www.fachdialognetz.de/ueber-das-projekt/publikationen/>
Gedruckte Exemplare erhalten Sie bei Karin Kretschmer, Fachkoordinatorin Erfurt, pro familia Landesverband Thüringen, Fachdialognetz für schwangere, geflüchtete Frauen, E-Mail: fachdialognetz.erfurt@profamilia.de
Internet: www.fachdialognetz.de
Quelle: Fachdialognetz für schwangere, geflüchtete Frauen

"Basiswörter Arbeitsrecht"

Vom Projekt "Gewusst wie!" gibt es eine überarbeitete Neuauflage der Publikation "Basiswörter Arbeitsrecht" mit wichtigen arbeitsrechtlichen Begriffen zum kostenlosen Download:

Version Nr. 1 in Albanisch, Arabisch, Dari, Russisch, Tigrinya, Türkisch https://files.dgb-bwt.de/BasiswoerterArbeitsrecht_DGBbwt_nr1_auf12_web_doppel.pdf

Version Nr. 2 in Englisch, Französisch, Farsi, Pashto, Somali, Kurmanci https://files.dgb-bwt.de/BasiswoerterArbeitsrecht_DGBbwt_nr2_auf11_web_doppel.pdf

Gerne können auch gedruckte Exemplare bei Bedarf zugesandt werden.

Quelle: DGB-Bildungswerk Thüringen e.V.

Zentrum für Integration und Migration des Landeshauptstadt Erfurt Fachdienst für Integration Thüringen - FDI

Impressum

Herausgeber:

Internationaler Bund - IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: zim@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

Integrationspiel 2. Auflage, Bildung "Leben in Deutschland - spielend integrieren"

Die aktualisierte 2. Auflage des Integrationsspiels "Leben in Deutschland - spielend integrieren" ist erschienen. Das Integrationspiel gilt als Beitrag zur Integrationshilfe, zur Bildung, vermittelt Werte, führt zur Zusammenarbeit der Kulturen und zum Miteinander in unserer Gesellschaft und kann zur Vorbereitung auf den Einbürgerungstest eine Hilfestellung leisten. Das Gesellschaftsspiel vermittelt Grundkenntnisse über Deutschland zu unterschiedlichsten Themen: Demokratie, Fragen zum Einbürgerungstest, Geografie, Kunst, Kultur, Umgangsformen, Rechte und Pflichten, Hilfestellungen im Alltag, Mietangelegenheiten, wo finde ich was, Land und Leute, u.v.m. Das Integrationspiel gibt es zunächst auf Deutsch/Arabisch. Damit sich das Projekt selbst finanzieren kann wird das Spiel zu einem Preis von 39,90 Euro angeboten, zusätzlich gibt es einen Förderpreis von 49,90 Euro. Bestellungen und weitere Informationen: LiD-Integrationshilfe, kontakt@lid-integration.de, www.lid-integration.de
Quelle: LiD

Internetseite des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“

Die Internetseite des BMZ-Programms „Perspektive Heimat“ ist seit 04.02.2019 unter der Domain www.startfinder.de zu finden (statt bisher *build-your-future.net*).

Im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH Menschen bei der Rückkehr und Reintegration in ihrer Heimat. Für diese Menschen schafft „Perspektive Heimat“ bessere Startchancen in ausgewählten Herkunftsländern. Im Mittelpunkt der Initiative steht die individuelle Beratung – von der Vorbereitung in Deutschland bis hin zum Neustart im jeweiligen Herkunftsland.

Startfinder richtet sich an Migrantinnen und Migranten in Deutschland, die überlegen in eines der folgenden Länder zurückzukehren: Afghanistan, Marokko, Albanien, Nigeria, Gambia, Senegal, Ghana, Serbien, Irak, Tunesien, Kosovo. Im Laufe des Jahres wird die Internetseite um Ägypten und Pakistan erweitert. Die Inhalte zu den anderen Ländern werden kontinuierlich ausgebaut.

Startfinder bietet Informationen zu:

- Unterstützungsangeboten in Deutschland.
- Beratungsangeboten der GIZ in den genannten Ländern.
- Weiterbildungen, Jobsuche, Selbstständigkeit und weiteren Themen in den genannten Ländern.

Bei Fragen oder Anmerkungen: reintegration@giz.de.

Quelle: Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften - Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration

Es ist ein Buch erschienen, das den Einfluss der Debatte um Migration/Integration auf die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien und Personen untersucht. Der Fokus liegt auf Europa und den USA.

Heinz Ulrich Brinkmann / Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.): Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften - Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration I
Wiesbaden: Springer VS, 2019 I ISBN: 978-3-658-23400-3 I ISBN: 978-3-658-23401-0 (eBook)

Quelle: Dr. Heinz Ulrich Brinkmann